

Haushaltsrede der Fraktion Die Linke – Rat der Stadt Eschweiler, 06.05.2026

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst danken wir der Verwaltung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachämter für ihr Engagement zum Wohle unserer Stadt. Ebenso danken wir den vielen Ehrenamtlichen in Eschweiler – in Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Vereinen und Initiativen. Und auch Ihnen, meine Damen und Herren im Rat, gilt unser Dank für die überwiegend konstruktive Zusammenarbeit.

Dieser Rat ist so vielfältig wie nie zuvor. Doch Vielfalt allein garantiert keine demokratische Haltung. Wahlen allein schaffen keine demokratische Gesinnung. Die Äußerungen und das Verhalten der Alternative für Deutschland zeigen das immer wieder deutlich.

Schon Carlo Schmid hat 1948 im Parlamentarischen Rat gesagt:

„Man muss den Mut zur Intoleranz gegenüber denen haben, die die Demokratie missbrauchen wollen, um sie abzuschaffen.“

Und eines ist klar: Faschismus ist keine Meinung, keine Haltung – sondern ein Verbrechen.

Sprache schafft Wirklichkeit

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“, sagte Ludwig Wittgenstein.

Wörter sind keine neutralen Abbilder der Wirklichkeit. Sie prägen Wahrnehmung, Urteile und Handeln. Sprache beschreibt die Realität nicht nur – sie formt sie.

Worte sind nicht harmlos. Sie wirken. Wer von „Überfremdung“ spricht, beschreibt nicht die Realität – er verschiebt sie. Er schürt Angst und spaltet Gesellschaft.

Deshalb ist Sprache politisch.

Sprache kann Brücken bauen – oder sie einreißen. Wer glaubt, das sei nur eine Frage von Begriffen, irrt. Es ist eine Frage von Haltung. Gerade in politischen Debatten wird das deutlich.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Sprache ist keine Nebensache, sondern eine Voraussetzung von Demokratie.

Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg, Hunger oder Umweltzerstörung verlassen müssen, verdienen Schutz und Unterstützung – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion. Es geht um Menschen.

Eine offene Gesellschaft muss sich zugleich klar gegen die Verrohung des Diskurses stellen – gegen Desinformation, gegen Hass und gegen eine Debattenkultur der Ausgrenzung.

Der Auschwitz-Überlebende Karl Stojka hat es eindrücklich formuliert:

„Es waren nicht Hitler oder Himmler, die verschleppt, geschlagen und meine Familie erschossen haben. Es waren der Schuster, der Milchmann, der Nachbar, die eine Uniform bekamen und dann glaubten, sie seien die Herrenrasse.“

Wohnen: Eine soziale Frage – und eine Machtfrage

Kommen wir zum Haushalt.

Die zentrale Frage bleibt: Wer kann sich diese Stadt noch leisten?

Eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wohnen ist ein Grundbedürfnis – kein Spekulationsobjekt. Die Stadt muss wieder stärker selbst als Akteur auftreten und ausreichend Wohnraum vorhalten.

Ein Blick nach Wien zeigt: Dort wurde der soziale Wohnungsbau nie aufgegeben. Die Stadt gestaltet aktiv, statt sich allein auf den Markt zu verlassen. Dieses Modell ist nicht eins zu eins übertragbar – aber es zeigt, dass politische Gestaltung möglich ist.

Bezahlbarer Wohnraum ist mehr als eine soziale Frage. Er ist Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und lebenswerte Städte.

Wir fordern daher die Bildung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft so schnell wie möglich. Sie schafft nicht nur Wohnraum, sondern langfristig auch verlässliche Einnahmen.

Mit guten Sozialwohnungen lässt sich das Stigma von Armut überwinden.

Wohnraum ist Daseinsvorsorge. Punkt.

Kommunale Finanzen: Handlungsfähigkeit sichern und strategisch steuern

Die finanzielle Lage der Kommunen ist kein Zufall und kein Naturgesetz. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen.

Seit Jahren zeigt sich ein klares Muster:

Die Ausgaben steigen – vor allem durch gesetzlich vorgegebene Pflichtaufgaben im sozialen Bereich und steigende Personalkosten. Gleichzeitig wachsen die Einnahmen nicht im gleichen Maß. Das führt zu einer strukturellen Unterfinanzierung.

Kommunen geraten so in eine Zwangslage: Sie müssen immer mehr leisten, haben aber immer weniger Spielraum. Investitionen werden verschoben, freiwillige Leistungen gekürzt – bei Kultur, Sport, Jugendarbeit und Bildung. Zurück bleibt oft nur die Verwaltung des Mangels.

Das schwächt nicht nur die kommunale Selbstverwaltung, sondern auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates vor Ort.

Hinzu kommt die finanzielle Abhängigkeit von Bund und Ländern. Über die Verbundquote wirken sich steuerpolitische Entscheidungen unmittelbar auf die Kommunen aus. Sinkende Einnahmen auf Landesebene treffen die Städte doppelt – durch geringere eigene Einnahmen und sinkende Zuweisungen.

Diskutierte Steuersenkungen verschärfen diese Lage weiter, insbesondere wenn kein vollständiger Ausgleich erfolgt.

Ein bewährter Ansatz aus der Organisationssteuerung ist die Balanced Scorecard. Dahinter steht ein einfacher Gedanke: Erfolg darf nicht nur kurzfristig gemessen werden.

Übertragen auf unsere Stadt bedeutet das:

- **Finanzen:** solide Haushalte sichern – ohne notwendige Investitionen zu vernachlässigen
- **Bürgerinnen und Bürger:** Erfolg zeigt sich daran, ob Leistungen bei den Menschen ankommen – etwa bei Bildung, Wohnen und sozialer Teilhabe
- **Interne Prozesse:** Abläufe verbessern, damit Leistungen schneller und effizienter erbracht werden
- **Zukunftsfähigkeit:** in Personal, Digitalisierung und Qualifikation investieren

Diese Bereiche hängen unmittelbar zusammen:

Wer heute bei Personal oder Bildung spart, zahlt morgen doppelt – finanziell und gesellschaftlich.

Es geht daher nicht nur um Sparen, sondern um kluge Prioritäten.

So entsteht Transparenz, und politische Entscheidungen werden nachvollziehbarer.

Sozialabbau ist eine politische Entscheidung

Sozialabbau wird selten so genannt. Stattdessen spricht man von „Sparpolitik“ oder „Haushaltskonsolidierung“. Begründet wird das mit angeblich leeren Kassen.

Doch das greift zu kurz. Gleichzeitig wachsen große Vermögen weiter, und Ungleichheit nimmt zu.

Die Frage ist daher nicht, ob Geld vorhanden ist – sondern wie es verteilt wird.

Mark Twain formulierte es pointiert:

Wenn Reiche die Armen ausrauben, nennt man es Geschäft. Wenn Arme sich wehren, nennt man es Gewalt.

Eine gerechtere Steuerpolitik könnte erhebliche Spielräume schaffen – auch für Kommunen. Jeder gesellschaftlich anerkannte Bedarf ist grundsätzlich finanzierbar.

Allein eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen – Vermögenssteuer, für die sich Eschweiler im Übrigen ausgesprochen hat – könnte für unsere Stadt jährlich rund 14 Millionen Euro zusätzlich ermöglichen.

Bildung und Chancengleichheit

Ein zentraler Bereich ist die Bildung.

Investitionen wirken umso stärker, je früher sie ansetzen. In der frühen Kindheit werden die Grundlagen für den gesamten Lebensweg gelegt. Wer hier spart, zahlt später doppelt – sozial und wirtschaftlich.

Deshalb ist es nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Vernunft, gerade in frühkindliche Bildung zu investieren. Wenn Mittel begrenzt sind, müssen sie zumindest wirksam eingesetzt werden. Hier haben wenigstens die demokratischen Kräfte zugunsten von Schulen und Vereinen gestimmt.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Wachsende öffentliche Armut steht wachsendem privaten Reichtum gegenüber. Das ist nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem.

Bertolt Brecht sagte:

„Unrecht gewinnt oft Rechtscharakter, einfach dadurch, dass es häufig vorkommt.“

Und er erinnert uns daran: Wer sich nicht empört über Unrecht, wird es auch nicht verändern.

Eine Kommune braucht mehr als ausgeglichene Zahlen. Sie braucht eine lebendige soziale Infrastruktur: Vereine, Bibliotheken, Schwimmbäder, Kulturangebote und Jugendarbeit. Wo das wegfällt, sinkt nicht nur die Lebensqualität – es entstehen neue soziale Spaltungen.

Gerade deshalb ist es ein wichtiges Signal, dass hier im Rat die demokratischen Kräfte zumindest in Teilen bereit waren, Mittel für Schulen und Vereine zu sichern.

Denn am Ende gilt: Eine Stadt verliert nicht zuerst ihre Finanzen – sondern ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Schluss

Die Kommune ist keine bloße Verwaltungseinheit. Sie ist der Ort, an dem Demokratie im Alltag der Menschen konkret wird.

Die aktuellen Entwicklungen schränken diese Gestaltungsmöglichkeiten zunehmend ein. Deshalb braucht es politische Veränderungen über die kommunale Ebene hinaus.

Wir können diesem Haushalt zustimmen – und wir werden es tun. Nicht, weil er gut ist, sondern weil er unter den gegebenen Umständen notwendig ist.

Das tun wir in Verantwortung für unsere Stadt – im Bewusstsein der strukturellen Probleme, die damit nicht gelöst sind.

Aber genauso klar sagen wir: So kann es nicht bleiben.

Wer die Sprache bestimmt, beeinflusst, was als Problem gilt, welche Lösungen vorstellbar sind – und was politisch überhaupt möglich erscheint. Das gilt in Haushaltsdebatten ebenso wie in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Denn am Ende gilt: **Arme Kommunen können sich nur Reiche leisten.**

Albert Borchardt, Fraktionsvorsitzender Die Linke im Rat der Stadt Eschweiler